

**Rede
von**

Frank Henning, MdL

zu TOP Nr. 35

Erste Beratung

Ausbildungsoffensive Lokführerinnen und Lokführer in Niedersachsen - Geflüchtete zu Lokführerinnen und Lokführern und Fachkräften qualifizieren

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4484

während der Plenarsitzung vom 12.09.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

42 Prozent der Zugausfälle sind auf Lokführermangel zurückzuführen. Ich finde, das ist eine erschreckende Zahl. Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Der Antrag der Grünen zielt in die richtige Richtung.

Und Herr Henze vom äußerst rechten Rand dieses Hauses: Ich weiß gar nicht, was für ein Problem Sie eigentlich damit haben, wenn 45 Flüchtlinge in Baden-Württemberg als Lokführer eingestellt werden. Ich finde, hier hilft jede Maßnahme, und wenn es auch nur 45 Flüchtlinge sind. Wo ist das Problem?

Wir haben hier einen eklatanten Fachkräftemangel. Wir haben ihn allerdings nicht nur im Bereich der Lokführer - wir haben ihn im Bereich der Pflege, wir haben ihn im Bereich der Kliniken.

Aber zurück zum Thema. Der rechte Rand dort drüben wird es sowieso nicht begreifen. Ich will mich damit auch gar nicht weiter auseinandersetzen. Ich möchte mich mit dem Antrag der Grünen auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren,

ich habe ja schon gesagt, dass die Zielrichtung richtig ist. Ich glaube aber, dass diese Initiative nicht neu ist. Ich möchte auf unseren Antrag vom letzten Jahr verweisen. Die die Regierung tragenden Fraktionen von SPD und CDU haben - ich verweise auf die Drucksache 18/1535 - die Landesregierung bereits im September des letzten Jahres aufgefordert, sich mit den Speditions-, Logistik- und Verkehrsverbänden zusammzusetzen, ein Konzept zu entwickeln und konkrete Schritte zur Gewinnung von Fachkräften einzuleiten, insbesondere auch beim Fahrpersonal bei den Lokführern.

Das hat das Ministerium für Wirtschaft dankenswerterweise bereits getan. Deswegen fordern die Grünen unter Punkt 1, dass die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die Minister Althusmann eingesetzt hat - übrigens aufgrund unserer damaligen Initiative -, im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

dargestellt werden. Damit habe ich kein Problem, Herr Schulz-Hendel. Das werden wir natürlich mittragen. Nur ein kollegialer Hinweis: Den Punkt 1 Ihres Antrages hätten Sie gar nicht in einem Entschließungsantrag verarbeiten müssen. Das hätten Sie auch so beantragen können. Unterrichtungen gibt es jederzeit im Ausschuss. Dann kann auch dargestellt werden, was die Landesregierung bereits für die Bekämpfung des Fachkräftemangels getan hat.

Der Punkt 2 Ihres Antrages bildet ja den Kernbereich. Wir sollen eine Ausbildungsoffensive für Geflüchtete auf den Weg bringen, die in einem geklärten Aufenthaltsstatus hier im Land leben und über hinreichend gute Deutschkenntnisse verfügen. Da sind wir, glaube ich, im Grundsatz bei Ihnen. Wir müssen die Finanzierung klären. Ich habe das gerade schon angedeutet. Ich will dabei auch nicht verschweigen, dass der Lokführerberuf natürlich ein hoch qualifizierter Beruf ist. Ich habe mir einmal die Voraussetzungen angeguckt: Neben dem gesicherten Aufenthaltsstatus - die Verfahren müssen abgeschlossen sein - muss das Sprachniveau B 2 oder besser sein, vorwiegend wird B 1 gefordert, auch in Baden-Württemberg. Es muss eine gute körperliche und psychische Gesundheit vorliegen. Es muss eine vor allem technische Vorbildung vorliegen. Gerade wer Lokführer werden will, sollte in der Regel vorher eine Schlosserausbildung oder eine andere technische Ausbildung gemacht haben. Da wird es möglicherweise bei dem einen oder anderen Geflüchteten Probleme geben. Aber ich will das nicht schlechtreden. Ich glaube, hier gibt es jede Menge Geflüchtete, die diese Qualifikationen mitbringen, sodass wir mit ihnen diesem Fachkräftemangel zumindest zum Teil begegnen können.

Zum Punkt 3: Natürlich sind wir dabei, die Gewerkschaften einzubinden. Ich wäre der Letzte, der die Gewerkschaften nicht einbinden wollte. Auch da sind wir bei Ihnen. Wenn wir es denn schon prüfen, muss das Ganze natürlich auch auf den Bereich der Busfahrerinnen und Busfahrer übertragen werden. Es muss zumindest geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen. Wir sind also auch bei Punkt 5 durchaus bei Ihnen.

Wo wir allerdings nicht bei Ihnen sind - das muss ich ganz ehrlich sagen -, ist der Punkt 4. Das geht schlicht nicht. Darüber müssen wir im Ausschuss -

möglicherweise im Rahmen eines Änderungsvertrages - noch einmal reden. Unter Punkt 4 fordern Sie, die Qualifizierung mithilfe von Zuschusskürzungen zu finanzieren. Das geht schlicht rechtlich nicht. Das haben wir checken lassen. Es handelt sich bei den Zuschusskürzungen, die ja die Landesnahverkehrsgesellschaft vornimmt, um Regionalisierungsmittel, die nicht ohne Weiteres in solche Coaching- und Traineeprogramme gesteckt werden dürfen. Das heißt, wir brauchen andere Finanzierungswege.

Um übrigens noch einmal die Dimension deutlich zu machen: 42 Prozent der Zugausfälle wegen fehlender Lokführer haben dazu geführt, dass die LNVG im Jahr 2018 insgesamt in einer Größenordnung von 3,2 Millionen Euro Zuschusskürzungen bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen vorgenommen hat. Das zeigt, wie eklatant dieses Problem ist. Insofern, glaube ich, sollten wir gemeinsam vorgehen, egal ob es Ihr Antrag ist, Herr Schulz-Hendel, oder ob es die Initiative von SPD und CDU aus dem letzten Jahr ist, bei der die Landesregierung schon vorgearbeitet hat. Am Ende müssen wir da an einem Strang ziehen und versuchen, diesen Fachkräftemangel zu beseitigen.

Ich sage an dieser Stelle aber auch sehr deutlich: Wir können es begleiten, aber verantwortlich sind immer noch die Eisenbahnverkehrsunternehmen. Sie sind verantwortlich für Ausbildung, für Qualifizierung und vor allen Dingen für die Bezahlung. Da bin ich bei meinem Lieblingsthema: Wenn die Lokführerinnen und Lokführer besser bezahlt würden, wäre ein Teil des Problems schon gelöst. Denn dort haben wir auch ein Problem. Ich nenne nur die Stichworte „Tarifautonomie“, „vernünftige Tarifverträge“, „vernünftige Bezahlung“. Also auf Deutsch: Beahlt die Lokführer vernünftig! Dann werdet ihr auch Lokführer finden.

Ich kenne jede Menge Beispiele von Lokführerinnen und Lokführern, die sich nach Österreich weg-beworben haben, weil dort schlicht die Bezahlung besser ist. Da sind dann auch die Eisenbahnverkehrsunternehmen und die Tarifpartner in der Verantwortung und eben nicht die Landesregierung.

Trotzdem glaube ich, dass wir richtig liegen, wenn wir hier öffentliche Fördermittel einsetzen, um das zu begleiten.

Zu den Haushaltsmitteln: Wir haben zum einen nach der Mitteilung der Bundesagentur für Arbeit erhebliche Fördermöglichkeiten auf Basis des Qualifizierungschancengesetzes, mit denen man die Weiterbildung von Beschäftigten bezuschussen kann. Dafür braucht man nicht unbedingt Landesmittel.

Wir haben auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion - das will ich noch einmal in Richtung AfD sagen - das Fachkräftezuwanderungsgesetz verabschiedet. Das Fachkräftezuwanderungsgesetz, das ja gerade Fachkräfte aus dem Ausland anwerben hilft, wäre eine wichtige Maßnahme, die die SPD im Bund angestoßen hat, um Menschen aus dem Ausland nach Deutschland zu holen, um unseren Mangel hier in bestimmten Mangelberufen zu beseitigen. Auch wenn Sie Angst vor Zuwanderung haben, meine Damen und Herren vom rechten Rand, da sehen Sie mal wieder, wie wichtig Zuwanderung ist, weil wir nämlich im Bereich der Pflege und der Lokführer selbstverständlich ausländische Fachkräfte brauchen.

Last, but not least - ich sehe, meine Redezeit läuft ab -: Wir haben tatsächlich auch noch Landesmittel. SPD und CDU haben nämlich bei den letzten Haushaltsberatungen über die politische Liste 3 Millionen Euro für Maßnahmen zur Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen bereitgestellt.

Nach meiner Recherche ist das Geld bisher nur zum Teil verausgabt worden. Da gibt es noch Mittel, die wir dafür sinnvoll einsetzen können. Ich glaube, Herr Althusmann ist da auch schon dran.

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Wir werden das im Ausschuss weiter beraten.